

# Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



## NIEDERSCHRIFT

der 3. Sitzung des Kreisausschusses am 29.10.2014 im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

---

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 18:55 Uhr

### Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE.	
Kolan, Lars	SPD/Grüne	
Krause, Lutz	UBL/Wir für KW	vertrat Selbitz, Frank
Dr. Kuttner, Michael	CDU/Bauern	
Ludwig, Stefan	DIE LINKE.	
Schulze, Olaf	CDU/Bauern	
Strasen, Henry	Alternative für Deutschland	
Terno, Heiko	CDU/Bauern	
Treder-Schmidt, Lothar	SPD/Grüne	
Wille, Martin	SPD/Grüne	

### Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Jobke, Antonia	Büro Landrat
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Klinkmüller, Carl-Heinz	Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Krägel, Sybille	Leiterin Büro Kreistag
Kunze, Ralf	Personalratsvorsitzender
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Somborn, Julia	Sachgebietsleiterin im Ordnungsamt
Starke, Nadine	Kreiswahlleiterin
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung

### Entschuldigt:

Selbitz, Frank	UBL/Wir für KW	wurde vertreten von Krause, Lutz
----------------	----------------	----------------------------------

### Gäste:

Frau Pohlmann	Jobcenter LDS
---------------	---------------

Frau Urban	Jobcenter LDS
Herr Seelig	2. Vertreter des Vorsitzenden des Kreistages
Vertreter der Presse und Zuhörer für den öffentlichen Teil	

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentlicher Teil:

#### 1. Zur Geschäftsordnung

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.2 zur Tagesordnung

1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

#### 2. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreisausschuss

2.1 Wahl des Landrates hier: Vorschlag eines Wahltermins	2014/107
---	----------

#### 3. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

3.1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung	2014/097
--	----------

3.2 Einrichtung eines Verfügungsfonds für den Vorsitzenden des Kreistages und Erste Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit und Ehrenämter des Landkreises Dahme-Spreewald (Aufwandsentschädigungssatzung)	2014/094
---	----------

3.3 Sitzungsplan für den Kreistag sowie den Kreisausschuss für das Jahr 2015	2014/104
--	----------

3.4 Antrag zur Verabschiedung einer Resolution gegen Fracking (Antrag der AfD-Fraktion)	2014/105
---	----------

#### 4. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

#### 5. Genehmigung von Dienstreisen

#### 6. Informationen aus den Gesellschaften

6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald	2014/106
--	----------

#### 7. Informationsvorlagen

7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald	2014/078
--	----------

#### 8. Verschiedenes

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

### **9. Zur Geschäftsordnung**

9.1 zur Tagesordnung

9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

### **10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**

### **11. Verschiedenes**

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 3. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

## **I. Öffentlicher Teil**

### **TOP 1. Zur Geschäftsordnung**

---

#### **TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

---

**Landrat Loge** stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Von elf stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind elf anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

#### **TOP 1.2 zur Tagesordnung**

---

Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

#### **TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung**

---

Gegen die Niederschrift vom 10.09.2014 liegen keine schriftlichen Einwendungen vor.

**Herr Wille** hat keine inhaltlichen Einwendungen. Allerdings müsse in der 2. Zeile auf Seite 10 das Wort „Unterkünftige“ in „Unterkünfte“ abgeändert werden.

Überdies ging die deutsch-polnische Dampflokfahrt auf deutscher Seite nur bis Guben. Insofern müsse bei den Dienstreisen auf Seite 13 „Gubin“ in „Guben“ korrigiert werden.

**Landrat Loge** bittet um eigenständige Korrektur.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Niederschrift vom 10.09.2014 gilt damit als anerkannt.

---

**TOP 2.            Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den  
                         Kreisausschuss**

---

**TOP 2.1           Wahl des Landrates  
                         hier: Vorschlag eines Wahltermins, Vorl.Nr. 2014/107**

---

**Landrat Loge** erklärt, dass er sich an der Diskussion nicht beteiligen und bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird.

**Herr Kolan** merkt an, dass es gemäß Gender-Mainstreaming „*Wahl der Landrätin/des Landrates*“ heißen müsste.

**Frau Starke**, Kreiswahlleiterin, bedankt sich für den Hinweis. Im Anschreiben an das Ministerium werde sie beide Varianten berücksichtigen.

**Herr Terno** weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung einen Paragraphen *Geschlechtsspezifische Formulierungen* gibt. Danach gelte die jeweilige Bestimmung gleichermaßen für das jeweils andere Geschlecht.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KA 2014/107**

**Der Kreisausschuss beschließt:**

**Dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wird als Termin für die Wahl des Landrates der 11.10.2015 und für die eventuelle Stichwahl der 08.11.2015 vorgeschlagen.**

---

**TOP 3.            Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag**

---

**TOP 3.1           Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung, Vorl.Nr. 2014/097**

---

**Landrat Loge** informiert, dass es im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 16.10.2014 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:  
- einstimmig bestätigt -**

**TOP 3.2           Einrichtung eines Verfügungsfonds für den Vorsitzenden des Kreistages und Erste Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit und Ehrenämter des Landkreises Dahme-Spreewald (Aufwandsentschädigungssatzung), Vorl.Nr. 2014/094**

---

**Herr Dr. Kuttner** erklärt, dass die Fraktion CDU/Bauern inhaltlich nichts einzuwenden hat. Allerdings sollte die Verwaltung prüfen, ob die Einrichtung eines Verfügungsfonds für den Vorsitzenden rechtlich möglich ist. Das sollte bis zum Kreistag geprüft werden.

**Landrat Loge** sagt eine entsprechende Prüfung zu. Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergeleitet.

---

**TOP 3.3            Sitzungsplan für den Kreistag sowie den Kreisausschuss für das Jahr 2015, Vorl.Nr. 2014/104**

---

**Landrat Loge** bittet, die Vorlagen-Nummer eigenständig von 2013/079 in **2014/104** zu korrigieren.

Außerdem gebe es auf Grund der nunmehr vorliegenden Termine des Landtages eine Änderung zum bereits per E-Mail übersandten Entwurf. Die Fachausschüsse wurden von Ende April auf Anfang Mai verlegt und somit habe sich der Kreisausschuss ebenfalls um eine Woche verschoben.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:  
- einstimmig bestätigt -**

---

**TOP 3.4            Antrag zur Verabschiedung einer Resolution gegen Fracking  
(Antrag der AfD-Fraktion), Vorl.Nr. 2014/105**

---

**Herr Kolan** führt aus, dass die Fraktion SPD/Grüne den Antrag inhaltlich für etwas schwierig und wissenschaftlich vielleicht nicht ganz so hinterlegt hält. Von daher werde dafür plädiert, den Antrag in den Ausschuss für Bauen und Umwelt zu überweisen. Dort sollte dann auch ein Experte des Bergbauamtes hinzugezogen werden.

Die Frage sei auch, inwieweit noch weitergegangen werden soll, denn im Antrag wurde auch die Suche nach Erdöl angesprochen.

Außerdem sei der Adressat der Resolution nicht erkennbar. Wird die Problematik einfach so festgestellt oder soll sie in politische Gremien eingebracht werden, die etwas höher als der Kreistag anzusehen wären? Dazu sollte vielleicht noch etwas nachgereicht werden.

**Herr Krause** erklärt, dass die Fraktion UBL/Wir für KW eine Überweisung in den Ausschuss unterstützt. Das grundlegende Anliegen sei sehr löblich, aber für die Fraktion stelle sich die Frage, inwieweit der Kreistag der richtige Adressat dafür ist. Die rechtlichen Voraussetzungen seien eigentlich schon in Land und Bund geklärt. Fracking sei in Deutschland nicht zugelassen.

Der Ausschuss könnte über einen Grundsatzbeschluss aber möglicherweise ganz anders denken und deshalb sollte darüber noch einmal diskutiert werden.

**Herr Dr. Deutschländer** schließt sich namens der Fraktion DIE LINKE. einer Überweisung in den Fachausschuss an. Das Anliegen der einreichenden Fraktion sei zwar eine löbliche Sache, aber Fracking sei eigentlich keine Angelegenheit des Kreistages, sondern des Bundes.

Im September gab es eine Äußerung von Umweltministerin Hendricks, dass Fracking in der Bundesrepublik generell nicht durchgeführt wird.

Gegenwärtig kenne er persönlich auch nur die Aktivierung der drei Bohrlöcher in Märkisch Buchholz und Birkholz. In der letzten Gemeindevertretersitzung haben Vertreter des französischen Erdgaskonzerns *Gaz de France Suez* auf die Frage, ob es Fracking oder Ansätze dazu gebe, mit einem absoluten „Nein“ geantwortet.

Laut Auskunft des Umweltministeriums in Potsdam liege zurzeit auch kein Antrag für Fracking in Brandenburg vor.

**Herr Dr. Kuttner** unterstützt namens der Fraktion CDU/Bauern ebenfalls die Überweisung in den Fachausschuss. Dazu sollten aber einige Experten eingeladen werden.

Ihm sei auch bekannt, dass es in Münchehofe nicht um Fracking geht. Seinem Wissen nach gehe es dort um etwas völlig Anderes.

Im Bereich Schwielochsee arbeitet die *Central European Petroleum GmbH*. Auch da gebe es Fragen, ob es überhaupt Fracking ist – und wenn ja, was für ein Fracking.

In eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bauen und Umwelt sollten also Fachleute eingeladen werden, damit sie eine sachkundige Meinung dazu äußern können. Einen Zeitdruck sehe er hier nicht. Herr Dr. Deutschländer hatte ja gerade ausgeführt, dass es im Land Brandenburg noch keinen Antrag für dieses Verfahren gibt.

**Herr Klinkmüller** ergänzt, dass auf Anfrage der Abgeordneten Sabine Niels im Landtag zum Fracking im Land Brandenburg geantwortet wurde, dass das nicht relevant sei, weil es in Brandenburg überhaupt noch keinen Antrag gibt. Insofern müssen sich seiner persönlichen Meinung nach der Kreistag oder auch der Fachausschuss im Augenblick nicht damit beschäftigen. Der Ausschuss könne zwar gerne darüber diskutieren, aber Sachverständige sollten erst eingeladen werden, wenn es soweit ist. Er werde aber trotzdem mit dem Ausschussvorsitzenden über eine Aufnahme in die Tagesordnung sprechen.

**Herr Strasen** betont namens der einreichenden Fraktion, dass es hier um eine eindeutige Positionierung des Kreistages zum Fracking geht – um nichts anderes.

Fachleute hin oder her, letztendlich wissen doch alle nicht so richtig, was bei den Bohrungen wirklich passiert. Alle wissen aber, dass Fracking eine relativ unsichere Angelegenheit ist. Und da sollte sich der Kreistag eindeutig positionieren.

**Herr Dr. Deutschländer** erinnert, dass er schon im Kreistag im Juni 2013 informiert hatte, dass bei großen Teilen der Bevölkerung im Bereich Märkisch Buchholz/Münchehofe erhebliche Bedenken zur Förderung von Erdgas durch Fracking oder einer möglicherweise späteren Einlagerung von Kohlendioxid bestehen. Viele Bürger seien dagegen, diese Lagerstätte überhaupt zu nutzen. Der Kreistag sollte sich auf die Seite der Bürger stellen. In einer gemeinsamen Stellungnahme hatten beide Gemeinden auch auf die Risiken hingewiesen und Forderungen aufgemacht.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, die Vorlage in den Ausschuss für Bauen und Umwelt zu verweisen: - einstimmig bestätigt -**

---

#### **TOP 4. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen oder –anträge vor.

---

#### **TOP 5. Genehmigung von Dienstreisen**

**Landrat Loge** teilt mit, dass folgende Genehmigungen für Dienstreisen beantragt wurden:

*Genehmigung einer Dienstreise nach Guben*

Frau Freund hat am 18.09.2014 die Genehmigung einer Dienstreise am 20.09.2014 zur deutsch-polnischen Dampflokfahrt nach Guben beantragt.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -**  
**Beschl.Nr. KA Dienstreise am 20.09.2014 nach Guben**

**Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Frau Freund am 20.09.2014 nach Guben zur deutsch-polnischen Dampflokfahrt zum Spreewaldfest.**

*Genehmigung von Dienstreisen nach Potsdam*

Herr Dr. Kuttner und Herr Krause haben am 15.10.2014 die Genehmigung einer Dienstreise am 06.11.2014 zur Fachtagung Nahverkehr und Tourismus nach Potsdam beantragt.

**Herr Treder-Schmidt** zeigt an, dass er ebenfalls an dieser Fachtagung teilnehmen möchte.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KA Dienstreise am 06.11.2014 nach Potsdam**

**Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreisen von Herrn Dr. Kuttner, Herrn Krause und Herrn Treder-Schmidt am 06.11.2014 nach Potsdam zur Fachtagung Nahverkehr und Tourismus.**

---

**TOP 6. Informationen aus den Gesellschaften**

---

**TOP 6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/106**

---

**Herr Dr. Kuttner** möchte zum Punkt 12 *KISA - Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen* wissen, was der Landkreis an die KISA bezahlt und welche Leistungen die KISA für die Kreisverwaltung erbringt.

**Frau Degenhardt** antwortet, dass die in Sachsen ansässige KISA Informations- und Kommunikations-Dienstleistungen für Kommunen anbietet. Die Masse der sächsischen Kommunen habe sich zu einem Zweckverband zusammengeschlossen, um IT-Verfahren zu betreiben und eigene Computerprogramme für die Verwaltung zu entwickeln. Die KISA arbeitet ausschließlich auf vertraglicher Basis und erbringt die Leistungen für ein bestimmtes Entgelt. Der Landkreis Dahme-Spreewald nutzt durch die Personalverwaltung aktuell das Lohn- und Gehaltsprogramm sowie das Zeiterfassungsprogramm. Beide Programme sowie die Zusammenarbeit mit der KISA funktionieren gut.

Der Verband kann die Leistungen für seine Mitglieder preisgünstiger anbieten. Das war auch Anlass, dass der Landkreis der KISA beigetreten ist. Seit ungefähr einem Jahr stelle sich jedoch heraus, dass die Preise politische Preise waren. Der Verband geriet in eine finanzielle Schieflage.

Da die KISA ein öffentlich-rechtlicher Verband ist, bestehe natürlich die Möglichkeit, das finanzielle Manko durch eine Umlage auszugleichen. Davon werde der Verband vermutlich auch Gebrauch machen. Ein Umlage-Schlüssel wurde bereits erarbeitet.

Der Verband habe über 200 Mitglieder (meist sächsische Landkreise und Gemeinden), so dass auf jedes einzelne Mitglied kein allzu hoher Betrag zukommt.

**Herr Dr. Kuttner** geht davon aus, dass ein vorheriger Preisvergleich nicht gegeben war, wenn der Landkreis die beiden Programme nur bei der KISA gekauft hat. Es sei zu fragen, was bezahlt wurde, ob es möglicherweise woanders günstiger gewesen wäre und was bisher als Umlage gezahlt wurde. Die Antwort müsse nicht heute gegeben werden, sie lasse sich auch nachreichen.

**Frau Degenhardt** erklärt, dass es Ergebnis einer Ausschreibung war, zur KISA zu wechseln. Die KISA war am preisgünstigsten.

Die vorherigen Programme waren teurer und wenn es Probleme gab, musste oft tagelang auf eine Störungsbeseitigung gewartet werden. Mit der KISA funktioniert es besser.

Zu den Zahlen müsse recherchiert werden. Konkrete Beschlüsse zum Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 gebe es noch nicht. Die nächste Verbandsversammlung soll im November stattfinden.

**Herr Schulze** stellt nach den Ausführungen von Frau Degenhardt fest, dass sich der jährlich zu zahlende Beitrag erhöhen wird.

Weiterhin stehe in der Vorlage, dass alle Mitglieder eine Umlage von insgesamt 3 Mio. Euro zahlen sollen. Diese werden in diesem oder im nächsten Jahr fällig. Im Jahr 2016 müssen dann noch einmal 2 Mio. Euro Umlage gezahlt werden und im Jahr 2017 noch einmal 1 Mio. Euro Umlage. Das heiße, für drei Jahre der Beitrag erhöht plus 6 Mio. Euro Umlage. So lese er es aus der Vorlage.

**Frau Degenhardt** erwidert, dass bisher noch keine Umlage gezahlt wurde, sondern nur das, was vertraglich vereinbart ist. Der Vertrag müsse aber voraussichtlich angepasst werden. Im Winter vergangenen Jahres habe der Verband festgestellt, dass 5 Mio. Euro fehlen. Denkbar sei, dass daraus inzwischen 5,5 Mio. Euro oder 6 Mio. Euro geworden sind.

Bis jetzt zahle der Landkreis also noch nicht mehr, aber es werde kommen. Die Beschlüsse dazu sollten aber erst einmal abgewartet werden. Dann müsste geschaut werden und ggf. Preisvergleiche angestellt werden.

**Landrat Loge** könnte sich vorstellen, das Thema einmal im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit zu diskutieren.

**Herr Dr. Kuttner** schließt sich diesem Vorschlag an. Aber hier gehören dann drei Bereiche auf ein Blatt Papier:

Wir haben bisher bezahlt für unsere Programme X Euro, die kosten pro Jahr zur Pflege und Weiterentwicklung Y Euro, in Zukunft werden sie Z Euro kosten. Das müsse in klaren Zahlen dargelegt werden.

**Frau Degenhardt** erwidert, dass es im Verband keine diesbezüglichen Zahlen gibt. Gerade wurde der Geschäftsführer entlassen.

**Herr Dr. Kuttner** antwortet, dass dann geschrieben werden sollte „Folgende Zahlen im Moment nicht erkenntlich, sie werden nachgereicht“.

**Landrat Loge** bittet Frau Degenhardt und Herrn Starke, sich mit dem Ausschussvorsitzenden in Verbindung zu setzen.

**Herr Ludwig** fragt nach, ob der Kreisverwaltung neue Erkenntnisse bezüglich einiger Ermittlungen im Umfeld des Klinikums Dahme-Spreewald vorliegen.

**Herr Starke** erwidert, dass dem Landkreis keine neuen Erkenntnisse vorliegen.

**Landrat Loge** fügt hinzu, dass auch die Geschäftsführung des Klinikums bei den entsprechenden Ermittlungsbehörden nachgefragt hat. Es gebe keine neuen Erkenntnisse.

**Herr Schulze** erklärt, dass der Südbrandenburgische Abfallzweckverband (SBAZV) ein Jahr im Vorlauf sein soll, was die Ausschreibung der Entsorgung der Gelben Tonnen betrifft. Beim Kommunalen Abfallentsorgungsverband (KAEV) müsste die Ausschreibung auch schon langsam vorbereitet werden.



Ihn würde interessieren, ob in den entsprechenden Gremien darüber informiert wurde und wie der derzeitige Stand ist. Schließlich sei der Landkreis Gesellschafter und da sollte er schon informiert sein, wie reagiert wird – gerade in Anbetracht der augenblicklichen Probleme mit der Entsorgung der Gelben Tonnen im ländlichen Bereich.

**Herr Klinkmüller** antwortet, dass auf jeden Fall Einfluss auf zukünftige Ausschreibungen genommen wird, um wieder zu einem 14-Tage-Rhythmus bei der Entsorgung der Gelben Tonnen im ländlichen Bereich zu kommen.

Im Übrigen wurde vereinbart, dass den Haushalten bei Bedarf eine zweite Tonne zur Verfügung gestellt wird.

**Herr Schulze** möchte wissen, inwieweit der Landkreis über den Stand des Verfahrens im Bereich des SBAZV informiert ist.

**Herr Klinkmüller** antwortet, dass er in der nächsten Sitzung beim SBAZV am 06. November nachfragen wird.

**Herr Wille** erklärt für den KAEV, dass die Frist, zu der der Verband frühestens tätig werden kann, das Jahr 2016 ist – dann ab 2017 aufwärts. Das bedeute, dass es solange ein regelmäßiges Thema in der Verbandsversammlung sein wird.

Für 2015 einschl. 2016 sei nichts mehr zu ändern. Solange müsse als Notlösung ggf. eine zweite Tonne beantragt werden.

Mit Ablauf des Jahres 2016 solle es aber zu einer Änderung kommen, damit die Gleichbehandlung zwischen Stadt und Land wieder hergestellt ist.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

## **TOP 7. Informationsvorlagen**

---

### **TOP 7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/078**

---

**Landrat Loge** bedankt sich ausdrücklich bei den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung und des Jobcenters für die Erarbeitung dieses wieder sehr ausführlichen Berichtes.

**Herr Wille** bezieht sich auf die Ausführungen zum Bildungs- und Teilhabepaket und weist darauf hin, dass die Mittel für die Lernförderung nicht ausgeschöpft werden. Von Nutzern und Antragstellern sei allerdings gelegentlich zu hören, dass das Antragsverfahren zu aufwendig ist.

Vermutlich sei dies der Grund, weshalb die Gelder nicht ausgeschöpft werden. Oder gebe es möglicherweise andere Gründe?

**Frau Urban** erwidert, dass das Antragsverfahren kein Hinderungsgrund sein kann. Die Bürger haben die Möglichkeit, einen Globalantrag zu stellen, um nicht jede Leistung einzeln beantragen zu müssen.

Regelmäßig werde auch Werbung betrieben, das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen. Aber die Inanspruchnahme sei überall – auch in anderen Landkreisen und Berlin – immer sehr schwierig. Es könne eigentlich immer nur dafür geworben werden. Sie persönlich glaube, dass es die Bürger abschreckt, noch mehr Anträge zu stellen, obwohl das Verfahren mit dem Globalantrag schon vereinfacht wurde.

**Landrat Loge** fragt hinsichtlich der Prüfung der Arbeitsverhältnisse auf sittenwidrige Entlohnung nach, wie das Jobcenter gewappnet ist, wenn ab 01.01.2015 - über zwei Jahre

gleitend - der gesetzliche Mindestlohn eingeführt wird. Gibt es dann einen erhöhten Aufwand oder möglicherweise sogar Arbeiterleichterungen, weil nichts mehr zu prüfen ist.

**Frau Urban** antwortet, dass das ganze Verfahren wieder aufgerollt und neu geprüft werden muss, wenn sich die Stundenlöhne hoffentlich erhöhen. Es sei also ein erhöhter Arbeitsaufwand für das Jobcenter. Mehr Personal werde aber vermutlich nicht beantragt werden können.

Zunächst müsse abgewartet werden, wie es sich überhaupt entwickelt. Wenn ein Verdacht besteht, werde in der Regel auf Arbeitgeber und Gewerkschaften zugegangen, um gemeinsam eine Lösung zu finden.

**Herr Krause** möchte zu den Leistungen der Unterkunft und Heizung wissen, ob das Einsparpotential von 2013 zu 2014 daraus resultiert, dass es weniger Bedürftige gibt. Oder wurden die Bemessungskriterien geändert?

**Frau Urban** erklärt, dass zahlreiche Bürger sehr gut integriert werden konnten. Dadurch gebe es weniger Leistungsempfänger und die Kosten der Unterkunft sinken.

Ein Vergleich, inwieweit vielleicht die Versorger ihre Preise verändert haben könnten, wurde aber nicht angestellt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **TOP 8.            Verschiedenes**

---

### *Seniorenpolitische Leitlinien*

**Landrat Loge** informiert, dass Herr Selbitz im letzten Kreisausschuss darauf hingewiesen hatte, dass die Seniorenpolitischen Leitlinien im Internet nicht auf dem neuesten Stand wären. Diese Leitlinien seien jedoch die aktuellen.

Am 12.11.2014 findet die nächste Mitgliederversammlung des Kreissenioresbeirates statt, die unter anderem das Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 zum Inhalt haben wird. Vielleicht werde die Überarbeitung und Aktualisierung der Seniorenpolitischen Leitlinien Gegenstand des neuen Programms.

### *Jahresabschluss 2013*

**Landrat Loge** weist darauf hin, dass vorgesehen ist, den Jahresabschluss 2013 im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 27.11.2014 vorzubereiten und im Dezember-Kreistag zu beschließen.

### *Nutzungseinschränkungen für Trinkwasser*

**Landrat Loge** informiert, dass es gegenwärtig eine Nutzungseinschränkung für Trinkwasser und ein Abkochgebot in Teilen der Städte Königs Wusterhausen und Mittenwalde gibt.

In einem Teilgebiet von Königs Wusterhausen wurden das erlassene Abkochgebot und die Vorsichtsmaßnahmen für den Umgang mit Trinkwasser ab heute 16:00 Uhr durch das Gesundheitsamt jedoch wieder aufgehoben. Die Haushalte werden über Postwurfsendungen informiert.

Für zahlreiche Haushalte in Königs Wusterhausen bleibe das Abkochgebot aber vorerst uneingeschränkt bestehen. In der Stadt Mittenwalde bleibe das Abkochgebot ebenfalls gänzlich bestehen.

In den Ortsteilen Schenkendorf, Telz und Gallun, im Ortsteil Schöneiche der Stadt Zossen und im Bereich Marienhofer Berg der Gemeinde Bestensee bleibe das Abkochgebot vorerst ebenfalls uneingeschränkt bestehen.

Nach Bekanntwerden der Situation habe sich das Gesundheitsamt mit dem Märkischen Abwasser- und Wasserzweckverband (MAWV) über die Öffentlichkeitsarbeit ausgetauscht. Der MAWV ging sofort in die Offensive und lud zu einer Pressekonferenz. Am kommenden Montag findet die nächste Beratung mit dem Gesundheitsamt und dem Verband statt.

#### *Übernahmeangebote für Gewässerflächen im Landkreis*

**Landrat Loge** informiert, dass das Land die Übernahme weiterer Gewässerflächen im Landkreis durch Schenkung angeboten hat. Wenn seitens des Landkreises kein Interesse besteht, wurde um Vermittlung an interessierte Kommunen gebeten. Das habe der Landkreis auch getan. Inzwischen liege eine erste Interessensbekundung der Stadt Luckau für die Wasserflächen Bocheltsee und Schlabendorfer See vor.

Sollte seitens des Kreistages Interesse am Erwerb einer Wasserfläche im Landkreis bestehen, werde um ein entsprechendes Signal gebeten.

#### *Baugenehmigung für Rinderstall in Klein Leuthen*

**Landrat Loge** erklärt, dass für einen Rinderstall in Klein Leuthen nach Abwägung aller Umstände - auch unter Berücksichtigung, dass sich das Vorhabengrundstück im Landschaftsschutzgebiet befindet - eine Baugenehmigung ausgereicht wurde. Hiergegen habe der BUND Brandenburg gerichtliche Schritte beim Verwaltungsgericht Cottbus eingelegt und im einstweiligen Rechtsschutzverfahren Recht bekommen.

Der Landkreis hat gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt, weil der Abwägungsprozess, den das Verwaltungsgericht empfiehlt, überhaupt nicht nachvollziehbar sei.

Überdies haben der Landkreis und die Gemeindevertretung Märkische Heide von einem Nachbarn einen Brief bekommen, der diesen Erfolg des BUND besonders hervorhebt und alle bittet, Spenden von mindestens 50 Euro an den BUND zu leisten.

#### *Vertreterwechsel Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald*

**Herr Ludwig** erinnert, dass Herr Dr. Dietrich Ochainski vom Kreistag als Regionalrat in die Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald bestellt wurde. Herr Dr. Ochainski kann aus persönlichen Gründen dieses Amt aber nicht mehr ausüben. Als Nachfolger werde Herr Falko Brandt vorgeschlagen. Herr Brandt werde seinen Sitz im Beirat des Jobcenters an Frau Lausch abgeben.

Da die nächste Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft am 20. November stattfinden wird, wolle die Fraktion DIE LINKE ein entsprechendes Papier für den nächsten Kreistag am 05. November vorbereiten.

**Frau Krägel** erklärt, dass die Tagesordnung für den Kreistag bereits versandt wurde. Eine Behandlung wäre nur unter dem Tagesordnungspunkt „Dringlichkeitsanträge“ möglich. Ob eine Dringlichkeit in diesem Fall vorliegen würde, müsse an Hand des Antrages der Fraktion dann geprüft werden. Ansonsten müsste bis zum Dezember-Kreistag gewartet werden.

**Landrat Loge** geht davon aus, dass für die Fraktion DIE LINKE. Eile geboten ist, um die Funktionsfähigkeit des Gremiums am 20.11.2014 zu sichern.

**Herr Wille**, gleichzeitig Vorsitzender des Kreistages, sieht kein Problem, dass der Kreistag die Dringlichkeit mehrheitlich bestätigt.

**Landrat Loge** fügt in diesem Zusammenhang hinzu, dass er zum Vorsitzenden der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald gewählt wurde.

*Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS)*

**Landrat Loge** teilt mit, dass Herr Selbitz zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der ELS gewählt wurde.

*Studentische Hilfskräfte/Fakultät Verwaltung und Recht an der TH Wildau*

**Landrat Loge** erinnert, dass er vor einiger Zeit über einen Abarbeitungsstau in einigen Bereichen der Verwaltung, der aus den verschiedensten Gründen entstanden ist, berichtet hatte. Zur Abarbeitung sollte versucht werden, studentische Hilfskräfte zu gewinnen.

Gestern fand ein Gespräch mit einem ersten Interessenten statt. Ein junger Mann von der Technischen Hochschule Wildau wird mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden zukünftig im Jugendamt helfen, Anträge abzuarbeiten.

An dieser Stelle gelte dem Personalrat ein besonderer Dank für die Unterstützung.

Die zuständige Dekanin der Hochschule habe bereits signalisiert, dass sich weitere Interessenten melden wollen.

Im Übrigen wurde der Landkreis gebeten, eine Stellungnahme zur Fakultät Verwaltung und Recht abzugeben. Aus der Hochschulreform heraus gab es wohl Probleme, ob die Fakultät bleibt oder nicht. Inzwischen wurde aber festgestellt, dass in Brandenburg wohl doch ein Bedarf besteht.

*Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf*

**Herr Wille** bezieht sich noch einmal auf die Niederschrift der letzten Sitzung, in der der Landrat die Probleme im Hinblick auf den Denkmalschutz in der Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf angesprochen hatte, und erklärt, dass sich der Landkreis dort in einer sehr misslichen Situation befindet. Der Landkreis wolle seinen Pflichten nachkommen, eine ordentliche Unterbringung der Flüchtlinge zu gewährleisten und dafür auch Geld in die Hand nehmen, scheitere aber an denkmalschutzrechtlichen Hürden. Inzwischen liege auch ein Brief des Ortsvorstehers von Waßmannsdorf an den Landrat und den Vorsitzenden des Kreistages vor, in dem er sich ebenfalls über die Situation beklagt. Nicht etwa, dass dort Flüchtlinge untergebracht werden, sondern dass die räumliche Situation nicht verbessert werden kann.

Es stelle sich die Frage, wie dem Ortsvorsteher geantwortet werden kann und welche Möglichkeiten gefunden werden können, relativ kurzfristig eine Verbesserung herbeizuführen.

Er persönlich könnte sich vorstellen, dass der Kreistag dem Landrat Rückendeckung bei einer Auseinandersetzung mit dem Denkmalschutz gibt. Die Probleme der Menschen berühren mehr als das Aufbewahren alter DDR-Mauern und Stacheldrahtzäune.

**Landrat Loge** erwidert, dass er für den nichtöffentlichen Teil einen Informationsblock zum erhöhten Bedarf an Flüchtlingsunterkünften vorbereitet hat. Es werde weiter nach entsprechenden Immobilien gesucht. Das sei aber alles noch nicht soweit ausgegoren, dass es in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden kann – außer das Wohnheim in der Lübbener Jahnstraße.

Gearbeitet werde in zwei Kategorien – der Kategorie „vorläufige Anmietung“ und der Kategorie „endgültig mit Baugenehmigung untergesetzte Immobilie“.

Es gebe eine Prognose, dass der Landkreis bis zum Ende des Jahres noch einmal 100 Flüchtlinge zugewiesen bekommt. Gegenwärtig gebe es 512 Flüchtlinge, die mit verschiedenem Status im Landkreis leben. In Waßmannsdorf seien es insgesamt 247. Das Wohnheim in Bestensee ist mit 154 Flüchtlingen voll ausgelastet. 35 Menschen sind in Walddrehna untergebracht; die Kapazität beträgt 44. Dort laufen momentan Verhandlungen, um diese 44 Unterbringungsmöglichkeiten zu sichern.

Wie auf den Brief des Ortsvorstehers von Waßmannsdorf reagiert werde, müsse gemeinsam mit dem zuständigen Dezernenten für Planung, Bauwesen und Umwelt noch besprochen werden.

**Herr Saß** fügt hinzu, dass er mit dem Ortsvorsteher nach Eingang des Briefes sofort telefoniert habe. Er wurde auch in den Gesundheits- und Sozialausschuss eingeladen, der in der vergangenen Woche getagt hatte.

Der Ortsvorsteher habe weiterhin ein großes Interesse, die Sanierung in Waßmannsdorf unverzüglich fortzusetzen, sobald es die Lage erlaubt.

Im Moment sehe es so aus, dass die Probleme mit dem Denkmalschutz nicht die Hauptprobleme seien, sondern in Waßmannsdorf werden nicht nur die beiden Wohnblöcke benötigt, sondern auch die Wohnmodulanlage, die eigentlich für eine Zwischenbelegung während der Sanierungsarbeiten an den Wohnblöcken gedacht war.

Derzeit könne nicht eingeschätzt werden, ob innerhalb der nächsten drei, vier oder fünf Monate mit der Sanierung begonnen werden kann. Die 80 Plätze in den Wohnmodulen werden einfach für die Unterbringung neuer Flüchtlinge gebraucht.

**Herr Klinkmüller** ergänzt, dass mit der Denkmalbehörde inzwischen Einigung erzielt werden konnte. Sobald die Möglichkeit besteht, werde mit den Sanierungsarbeiten begonnen.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung um 18:20 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.